

16/SN-381/ME
11 von 3

AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG
Präsidialabteilung II/EG-Referat
Zahl: 1127/167

A-6010 Innsbruck, am 22. April 1994
Landhausplatz
Telefax: (0512) 508177
Telefon: (0512) 508 - 151
Sachbearbeiter: Dr. Biechl
DVR: 0059463

An das
Bundeskanzleramt

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen

Ballhausplatz 2
1014 Wien

| | |
|------------------------|--------------|
| Betrifft GESETZENTWURF | |
| Zl. | 26 -GE/19 PY |
| Datum: | 6. MAI 1994 |
| Verteilt | 6.5.94 |

St. Mosen

Betreff: Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG-Novelle 1994), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührengesetz, das Bezügegesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Verwaltungsakademiegesetz geändert werden;
Stellungnahme

Zum oben angeführten Gesetzentwurf wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Zu Art. IV:

Zu Z. 5:

§ 27 sieht eine Gebührenbefreiung für Schriften, die zur Geltendmachung von Pensionsansprüchen benötigt werden, vor, allerdings eingeschränkt auf solche Schriften, die dem Nachweis der Anspruchsvoraussetzungen für die nach den Abschnitten II und III des Pensionsgesetzes 1965 gebührenden Leistungen dienen. Auf Grund dieser Einschränkung stellt sich die Frage, ob Nachweise von Anspruchsvoraussetzungen nach anderen Bestimmungen des Pensionsgesetzes 1965, z.B. Nachweise im Zusammenhang mit der Haushaltszula-

ge (§ 25 PG 1965) oder dem Todesfallbeitrag (§ 42 PG 1965) in Zukunft gebührenpflichtig sein sollen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem der Parlamentsdirektion zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Landesamtsdirektor

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen

gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederösterr. Landesregierung, Wien

an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien

an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.

an alle National- und Bundesräte in Tirol

an das Büro des Föderalismusministers

zur gefälligen Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

Riedl